GORLEBEN

Schlüssel in der Hand

Erkundungsbergwerk Gorleben

JULIAN STRATENSCHULTE / DPA

Bundeskanzlerin Angela Merkel muss sich bei ihrer Aussage vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss auf Fragen zu möglichen Tricksereien der früheren Regierung Kohl einstellen. Dabei geht es um sogenannte Salzrechte am geplanten atomaren Endlager. Neu aufgetauchte Akten des Kanzleramts von 1997 zeigen, dass Experten der damaligen Regierung die Erkundung der Lagerstätten ursprünglich nur für machbar hielten, wenn private Salzrechte-Inhaber enteignet würden. Ansonsten könnten die Erkundungsstrecken geologisch „nicht optimal durchgeführt werden“. Für eine solche Enteigung hätte jedoch das Atomgesetz geändert werden müssen, was nur mit Zustimmung des Bundesrats möglich ist. „Die SPD hätte damit auf jeden Fall den Schlüssel für Gorleben in der Hand“, heißt es dazu warnend in einem Vermerk des Kanzleramts. Um dem zu entgehen, müsse sich die Erkundung – auch „unter Inkaufnahme erhöhter Risiken“ – auf Areale im Besitz der Bundesregierung beschränken, so die Empfehlung von Mitarbeitern der damaligen Bundesumweltministerin Merkel. Erst für den tatsächlichen Ausbau des Salzstocks zum Endlager solle sich die Regierung die entsprechenden Rechte beschaffen. Für Sylvia Kotting-Uhl, grüne Obfrau im Untersuchungsausschuss, ist damit klar, dass Merkel bewusst „Risiken und Abstriche bei der Sicherheit in Kauf nahm, als sie sich für eine reduzierte Gorleben-Erkundung entschied“. Die Kanzlerin soll Ende September als letzte Zeugin des Ausschusses vernommen werden.

MODE

Auf rechts gedreht

Die klassischen Waren- und Versandhäuser in Deutschland sind sich uneins über den Umgang mit der bei Neonazis beliebten Textil- und Schuhmarke Lonsdale. Rechtsextremisten tragen gern Shirts des britischen Herstellers, weil der groß aufgedruckte Markenname die Buchstabenfolge NSDA enthält, die an Hitlers Partei erinnert. Galeria Kaufhof hat schon im Jahr 2000 Lonsdale aus dem Warenhaus- und Online-Sortiment entfernt, „da der Ruf der ‚rechten Nähe‘ diese Marke schon damals begleitet“ habe, so ein Sprecher. Auch Karstadt führt das Label nach eigenen Angaben „schon seit

STEFAN BONESS / IPON

Neonazis auf einer Demo in Berlin

Jahren“ nicht mehr. Neckermann sowie der Otto-Versand mit seinen Töchtern Baur und Schwab verkaufen demgegenüber die Produkte weiterhin, denn der Hersteller habe sich glaubwürdig von rechtem Gedankengut distanziert und engagiere sich seit Jahren gegen rechte Gewalt, heißt es.

VERFASSUNGSSCHUTZ

Nicht ohne Richter

Nach dem Ermittlungsdesaster gegen die Zwickauer Neonazi-Terroristen fordert der ehemalige brandenburgische Verfassungsschutzchef und heutige Bundesanwalt Hans-Jürgen Förster Konsequenzen für die Geheimdienste. Er möchte, dass sogenannte V-Leute künftig erst nach einer „Zulassung“ durch einen Richter rekrutiert werden dürfen. Förster erhofft sich dadurch einen „Zuwachs an Legitimität und Ansehen“ von Geheimoperationen. Zudem diene das Verfahren einer „Disziplinierung nach innen“, weil die Verfassungsschützer wüssten, dass ihre Arbeit überprüft würde.